



Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2012

BAUSTEIN

1/12



Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	6
Stadtentwicklung als strategischer Prozess	12

RÜCKBLICK

Europa und Region	16
Bevölkerung	28
Wohnen	40
Arbeiten	59
Einzelhandel	73
Mobilität und Verkehr	86
Freiraum und Umwelt	96
Städtebau und Stadtgestalt	113

AUSBLICK

Leitbild	128
Exkurs: Die europäische Stadt als Zukunftsmodell	133
Integrierte Stadtentwicklung: Ergebnisse des Expertenhearings	138

Impressum	146
-----------	-----

Vorwort

Frankfurt am Main hat seit dem letzten Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main im Jahr 2003 einen kräftigen Entwicklungsschub erfahren: im Oktober 2007 wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau der Europäischen Zentralbank geschaffen – die Bauarbeiten sind in vollem Gange. Mit dem Rebstockpark, Frankfurter Bogen in Preungesheim und Riedberg wurden wichtige Wohnungsbauvorhaben weiter voran getrieben. Jährlich konnten so in den vergangenen Jahren rund 2.200 neue Wohnungen geschaffen werden. Der Wissenschaftsstandort wurde unter anderem mit dem neuen Campus Westend und dem Ausbau des Campus Riedberg der Goethe-Universität gestärkt. In den Berichtszeitraum fällt die Inbetriebnahme der vierten Landebahn des Frankfurter Flughafens – ein bedeutendes Infrastrukturvorhaben für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes, das jedoch auch die Grenzen der Belastbarkeit durch Fluglärm und die damit verbundene Einschränkung der Lebensqualität deutlich macht.

Der vorliegende Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2012 beschreibt im Rückblick zusammenfassend die Ausgangssituation, Entwicklungstendenzen und gegenwärtige Herausforderungen der Stadtentwicklung von Frankfurt am Main. Ziel des Berichtes ist es, damit über das tagesaktuelle Geschehen hinaus über Entwicklungsprozesse und gegenwärtige Leitlinien der Stadtentwicklungspla-

nung zu informieren. Die Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung, Bürgerinnen und Bürger und die Öffentlichkeit steht in der Kontinuität vergleichbarer Veröffentlichungen aus den Jahren 2003 und 1995. Der räumliche Bezug des Berichtes ist das gesamte Stadtgebiet von Frankfurt am Main, wenngleich zunehmend regionale Herausforderungen und Bezüge hervortreten. Der Bericht ist zunächst in Kapitel zu Einzelaspekten der Stadtentwicklung – zum Beispiel Arbeiten und Wohnen – gegliedert. Im Jahr 2009 hat das Stadtplanungsamt darüber hinaus ein Expertenhearing mit weiteren Ämtern der Stadtverwaltung durchgeführt, um Querschnittsaspekte der Stadtentwicklung zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung werden in einem abschließenden Kapitel wiedergegeben.

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich im Jahr 2011 mit der Bewerbung um den Green Capital Award der Europäischen Union zum Ziel gesetzt, Frankfurt zu einer nachhaltigen Green City zu entwickeln. Dieses Leitmotiv gilt es nun durch strategische Stadtentwicklungsplanung für eine kompakte, grüne und urbane Stadt engagiert zu verfolgen.



Stadtrat Edwin Schwarz
Dezernent für Planen, Bauen, Wohnen und Grundbesitz



Einleitung

Dieter von Lüpke, Leiter Stadtplanungsamt Frankfurt am Main

Nach den Berichten zur Stadtentwicklung in den Jahren 1995 und 2003 stellt sich das Stadtplanungsamt erneut der Aufgabe, umfassend über die Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main zu berichten.

Zukünftige Entwicklungen finden ihre Wurzeln in der Vergangenheit. Wenn der hier vorgelegte Bericht zur Stadtentwicklung 2012 gelungen ist, werden aufmerksame Leser bereits beim Studium vergangener Phänomene Schlüsse daraus ziehen können, welchen Herausforderungen sich Frankfurt am Main in Zukunft stellen muß. Der Bericht begnügt sich aber nicht mit der Darstellung von Gegebenheiten und Veränderungen in der Vergangenheit. Er umfasst vielmehr einen zweiten, kürzeren Teil, in dem Leitbilder und Ansätze für zukünftige Stadtentwicklungsplanung vorgetragen werden. (Vgl. weiter unten die Kapitel „Leitbild“, „Exkurs: Die europäische Stadt als Zukunftsmodell“ und „Integrierte Stadtentwicklung: Ergebnis des Expertenhearings“). Damit kann und soll der Anspruch auf einen Stadtentwicklungsplan nicht erfüllt werden – es sollen im Sinne von Diskussionsbeiträgen aber Anregungen für die Erarbeitung eines Plans gegeben werden, der die Gesamtstadt umfasst, der unterschiedliche Fachplanungen integriert und der zugleich konkret ist.

Der vorliegende Bericht ist im Kern ein Werk des Stadtplanungsamtes. Stadtentwicklung geht aber weit über die dem Stadtplanungsamt zugeordneten Aufgabenbereiche hinaus. Diese Aussage gilt insbesondere in einer auf Arbeitsteilung und Differenzierung und – zum Teil – auf Redundanz angelegten Großstadtverwaltung. Sie gewann im Berichtszeitraum insofern an Bedeutung, als dem Stadtplanungsamt die Aufgabe der Gesamtverkehrsplanung vollständig und die Aufgaben der Stadtteilverkehrsplanung und der Verkehrsobjektplanung weitgehend entzogen wurden. Vor diesem Hintergrund war es notwendig, fachliche Beiträge anderer Ämter, von Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften zu gewinnen und in den Bericht zu integrieren. Dass dies mit insgesamt neun unterschiedlichen Texten gelungen ist, zeigt, dass Kooperation innerhalb der Stadtverwaltung lebendig ist und macht Mut, weitere Schritte zu einer integrierten Stadtentwicklungsplanung zu tun!

Analysen auch vergangener Phänomene sind mit Unsicherheit verknüpft. Bewertungen erfordern

Maßstäbe, die schwer intersubjektiv zu vereinbaren sind. Insofern wäre es wünschenswert, Berichte zur Stadtentwicklung nicht allein seitens der städtischen Verwaltung erarbeiten zu lassen. Im Sinne einer offenen und kritischen Diskussion wäre es vielmehr hilfreich, wenn parallel unabhängige wissenschaftliche Institutionen die Frankfurter Stadtentwicklung im Hinblick auf Chancen und Risiken analysieren würden. Erste Ansätze dazu finden sich in diesem Bericht im Kapitel „Integrierte Stadtentwicklung: Ergebnisse des Expertenhearings“. Ein weiterer Ansatz dazu war die Denkschrift „Frankfurt für Alle – Handlungsperspektiven für die internationale Bürgerstadt Frankfurt am Main“, die im Jahre 2009 von der AS&P – Albert Speer und Partner GmbH (in Zusammenarbeit mit der Polytechnischen Gesellschaft e.V. und der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main) vorgelegt wurde, und die ausschließlich von nicht-städtischen Institutionen und Firmen finanziert wurde. Vielleicht kann in einigen Jahren ein Folgebericht zur Stadtentwicklung mit einem unabhängig erstellten Gutachten konfrontiert werden, um in einer prononcierten Diskussion noch mehr Sicherheit für zukünftig notwendige Entscheidungen zu gewinnen!

Soweit der Bericht die Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren darstellt, folgt er einer tradierten Gliederung. Jede Gliederung hat Züge der Willkür – sie stellt Zusammenhänge her, schafft aber umgekehrt auch künstliche Trennlinien. Leser haben daher die Aufgabe, Ver

schen Börse AG deutlich, innerhalb kürzester Zeit Frankfurt am Main zugunsten von Eschborn zu verlassen, um damit erhebliche Gewerbesteuerzahlungen einzusparen.

Veränderungen der Lebensstile und des sozialen Verhaltens geschehen in langen Zeiträumen – wurden aber auch im Berichtszeitraum deutlich. Hier sollen die für die Stadtentwicklung wichtigen Bereiche herausgehoben werden.

Zunächst: Die Verkehrsmittelwahl ändert sich. Die Benutzung des Automobils verlor an Bedeutung: Wurden 1998 noch ca. 34% aller innerhalb der Stadt zurückgelegten Wege mit dem Pkw zurückgelegt, betrug der entsprechende Wert im Jahre 2008 nur noch ca. 27%. Im Saldo wuchs der Anteil der Wege mit dem Fahrrad, der am Ende des Berichtszeitraums etwa 14% ausmachte. Damit wuchs und wächst das Potenzial, insbesondere Hauptverkehrsstraßen stadtvträglich umzubauen und so Anwohner zu entlasten und öffentliche Verkehrsflächen für Fußgänger und Radfahrer oder auch als begrünte Aufenthaltsräume zurückzugewinnen. Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms „Schöneres Frankfurt“ oder im Rahmen des Modellvorhabens „Nahmobilität Nordend“ konnten erste Schritte in dieser Richtung realisiert werden. Repräsentative Befragungen auf Bundesebene weisen auf weitergehende Verhaltensänderungen hin. Das Automobil wird demnach gerade von einer jungen Generation weniger als Statussymbol denn vielmehr als Gebrauchsgegenstand betrachtet, der von Fall zu Fall im Wechsel oder in Kombination mit Eisenbahn, Flugzeug, öffentlichem Nahverkehr und Fahrrad eingesetzt wird. Das Eigentum am Pkw kann vielfach ersetzt werden durch die Mitgliedschaft in einem Car-Sharing-Unternehmen, so dass sich stadtplanerisch die Perspektive eröffnet, die für Baugenehmigungen nachzuweisenden Stellplatzzahlen nach unten zu korrigieren.

Weiter: Die Einwohnerverluste auf Grund der Stadt-Umland-Wanderungen wurden geringer. Dem Suburbanisierungsprozess geht – um mit einem Schlagwort zu sprechen – „das Personal“ aus. Die „Normalfamilie“ mit alleinverdienendem Vater, haushaltender Mutter und ein bis zwei Kindern verliert quantitativ an Bedeutung. Dagegen werden Familien mit alleinerziehender Mutter oder alleinerziehendem Vater, Familien mit berufstätigem Vater und berufstätiger Mutter und andere Haushalte mit knappem Zeitbudget zahlreicher. Diese aber finden bessere Lebensbedingungen in einer Stadt der kurzen Wege und der umstandslosen Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel. Verstärkt wurde die vermehrte Wertschätzung der großen Städte durch überdurchschnittlich stark steigende Kosten für die

Nutzung des Automobils. Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen, zumal die politisch gewollte Umstellung auf Elektro-Fahrzeuge eher Mehrkosten als Einsparungen verspricht.

Und schließlich gewann das Leben in öffentlichen und halb-öffentlichen Räumen weiter an Intensität: Kochen, Essen und Trinken innerhalb der eigenen Wohnung wird zunehmend durch den Besuch von Schnellimbissen und Restaurants ersetzt. Sport wird zu einem beträchtlichen Umfang individuell und außerhalb von Sportanlagen unter freiem Himmel durchgeführt. Für Freizeitaktivitäten werden nahe Ziele in der Stadt oder im Umland oft fernen Zielen vorgezogen. So erfreuen sich Grüngürtel und Regionalpark steigender Beliebtheit. Feste, Märkte und Sportwettkämpfe auf öffentlichen Plätzen und Straßen oder in öffentlichen Grünräumen werden in zunehmender Dichte veranstaltet. Der Besuch von Kunstausstellungen gewinnt – insbesondere zu nä

nutzten Stadtquartier mit hohem Wohnanteil sowie die partielle Konversion des Gewerbegebiets südlich der Rödelheimer Landstraße zu einem Wohnquartier. Die Identifikation weiterer Stadumbaugebiete wird erleichtert durch den hohen Leerstand von Büroflächen, die Mindernutzung von Teilen alter Gewerbe- und Industriegebiete und das Vorhandensein großflächiger Anlagen der öffentlichen Infrastruktur, die im Rahmen der Erneuerung flächensparend restrukturiert werden können.

Eine nachhaltige **Einschränkung der finanziellen Spielräume** der öffentlichen Hände war erst gegen Ende des Berichtszeitraums spürbar. Mit dem nahenden Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nahm die Konkurrenz darüber zu finanzierender Ausbauvorhaben zu. In Frankfurt am Main leiden darunter insbesondere die Vorhaben der nordmainischen S-Bahn und der Stadtbahnstrecke im Europaviertel. Die Bundesrepublik kürzte die Finanzmittel für Stadterneuerung – und das Land Hessen in ähnlicher Weise die komplementären Landesmittel. Im Bemühen, den in den Verfassungen verankerten Schuldenbremsen gerecht zu werden, kürzte das Land zudem Zuwendungen an die Gemeinden. Die Stadt Frankfurt am Main war darüber hinaus von der Entscheidung des Hessischen Landtags finanziell betroffen, die Rechtsgrundlage für die Zahlung der Stellplatzablösebeträge in Fällen der verordneten Stellplatzeinschränkung aufzuheben. Zusätzlich wurde die Finanzkraft der Stadt durch den oben erwähnten Umzug der Deutschen Börse AG nachhaltig gemindert. Auch wenn die Bundesrepublik den Gemeinden bestimmte Soziallasten in Zukunft abnimmt, ist insgesamt zu erwarten, dass der finanzielle Spielraum der Stadt in Zukunft deutlich kleiner sein wird.

Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen waren im Berichtszeitraum noch nicht spürbar. Im Gegenteil führte die Wirtschafts- und Finanzkrise zu gegensteuernden Konjunkturprogrammen von Bund und Land, die in Frankfurt am Main erhebliche zusätzliche Investitionen in die städtische, insbesondere soziale Infrastruktur bewirkten. Anders wird die Situation in den nächsten Jahren sein: Die Stadt wird nicht umhin kommen, ihre Ausgaben einzuschränken und zur Bewältigung der Aufgaben verstärkt um neue Partner zu werben. Anregungen dazu können dem Bericht entnommen werden. So zeigte die Umwandlung der Johann-Wolfgang-

Goethe-Universität von einer Landeseinrichtung zu einer Stiftungsuniversität, wie private Geldgeber zur Mitfinanzierung öffentlicher Aufgaben gewonnen werden können. So wurden planungsbedingte Wertsteigerungen von Grundstücken im Wege städtebaulicher Verträge immer wieder dazu herangezogen, Voraussetzungen und Folgen städtebaulicher Planungen zu finanzieren. Als ein besonderes Beispiel sei dazu ein neues Kongresszentrum im Europaviertel benannt, dessen Erstellung mittels eines städtebaulichen Vertrages gesichert wurde. So gelang es immer wieder, Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum seitens der Anlieger mitzufinanzieren – z.B. den Umbau des Francois-Mitterand-Platzes. So verdeutlichen der Bau des Stadtbahnbetriebshofes Sausee und die Konversion der Straßenbahndepots Sachsenhausen und Bornheim, wie betriebswirtschaftliche Vorteile der Verkehrsbetriebe mit Grundstückserlösen und städtebaulichen Gewinnen verbunden werden können.

Deutliche **Veränderungen der Planungskultur** waren im Berichtszeitraum zu beobachten. Diese artikulierten sich einerseits in der Zun

Stadtentwicklung als strategischer Prozess

KERNAUSSAGEN

- Die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main ist das Ergebnis des Zusammenwirkens privater und öffentlicher Akteure – strategisches Handeln erfordert daher kooperative Planungsprozesse, die über klassische „Bürgerbeteiligung“ hinausgehen.
- Stadtentwicklung als strategischer Prozess dient angesichts beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels vermehrt der Sicherung der Kohäsion der Stadt, nicht nur der Initiierung von Entwicklungs- und Stadtumbauprojekten.
- Die Bewältigung zentraler Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung erfordert die Erhöhung des strategischen Niveaus einer künftig stärker integrierten Stadtentwicklungsplanung.

Orientierung und Perspektive – gemeinsam erarbeiten

Die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main ist das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Akteure: der Menschen in dieser Stadt, der Akteure der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der verfassten Kommune. Um alle Chancen und Ressourcen der Stadt optimal zu nutzen, ist es erforderlich, gemeinsam die Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Stadtentwicklung zu analysieren, die relative Position Frankfurts in der Region und in Europa zu bewerten, Orientierung zu schaffen, Ziele zu setzen und koordiniert zu handeln – bei Beibehaltung der erforderlichen Flexibilität. Kurzum: Stadtentwicklung strategisch zu betreiben, um in Zeiten rasanten Wandels vorbereitet zu sein.

Wie kann es auch in Zukunft gelingen, wirtschaftliche Prosperität, sozialen Zusammenhalt, gesellschaftliche Teilhabe, Generationengerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit so zu gestalten, dass eine dauerhafte Entwicklung und urbane Lebensqualität gesichert werden kann?

Die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main steht vor der Herausforderung,

- die Chancen einer weiteren europäischen Integration und seiner hervorgehobenen Position als Kern einer bedeutenden europäischen Metropolregion aktiv zu nutzen,
- die wirtschaftliche Basis der Stadt mit einem internationalen Finanzplatz, Industrie- und Gewerbestandort zukunftsfähig weiterzuentwickeln, um dauerhaft großen Teilen der Bevölkerung Frankfurts und der Rhein-Main Region gute Arbeitsmarktchancen zu bieten,
- die Potentiale des Wissensstandorts – der Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Transferzentren zielgerichtet auszubauen, um die internationale Position Frankfurts und seine Innovationskraft und Produktivität zu sichern,
- den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Teilhabe angesichts von wirtschaftlichem Strukturwandel und veränderten Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, Zuwanderung, Fluktuation der Bevölkerung und demografischem Wandel zu sichern und der sozialräumlichen Polarisierung und Ausgrenzung entgegenzusteuern,
- das Potential aller Kulturen in dieser Stadt aktiv zu entwickeln und die weltoffene Tradition Frankfurts zu stärken,

- die Entwicklung von zusätzlichem Wohnraum, stadtverträglicher Mobilität, die Verbesserung der kleinklimatischen Situation, ein kleinteilig vernetztes Freiraumangebot, die energetische Erneuerung der Bausubstanz und eine nachhaltige Energieversorgung zu einer qualifizierten Innenentwicklung zu verknüpfen,
- eine dauerhafte Verbesserung der Umweltqualität – insbesondere einer Reduktion der Lärmbelastung der Bevölkerung, einer Verbesserung der lufthygienischen Situation und Anpassung an den Klimawandel zu erreichen,
- in der Stadtentwicklung die Lebensbezüge der Einwohner im Stadtteil und die Erfordernisse intensiver regionaler Kooperation angesichts der hohen

Thematische Konzepte und Fachplanungen dienen als langfristiger Orientierungsrahmen für private und öffentliche Akteure der Stadtentwicklung. Sie koordinieren als Leitlinien die kommunalen Beiträge zum jeweiligen Thema – unter Federführung unterschiedlicher Dezernate und Ämter der Stadt. Sie bieten die Möglichkeit, im Planungsprozess Erwartungen, Interessen und Beiträge auch von privaten Akteuren einzubeziehen und zu klären. Beispiele hierfür sind

- das Wohnbaulandentwicklungsprogramm,
- das Einzelhandels- und Zentrenkonzept,
- das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm,
- das Freiflächenentwicklungsprogramm und die GrünGürtel-Charta,
- der Gesamtverkehrsplan,
- die Schulentwicklungsplanung,
- die Sportstättenentwicklungsplanung.

Neben diesen thematischen Konzepten und Fachplanungen ist eine zentrale Herausforderung, künftig das strategische Niveau der Stadtentwicklungsplanung durch ganzheitliche Strategien auf regionaler, gesamtstädtischer und teilräumlicher Ebene zu erhöhen.

Zielvorstellungen strategisch umsetzen

Wichtige Funktion der Stadtentwicklungsplanung ist, Informationen und Analysen für Planungsprozesse zur Verfügung zu stellen, Prozesse der Strategieentwicklung zu organisieren, Expertise einzubringen und koordiniertes Handeln in der Stadtverwaltung und darüber hinaus vorzubereiten. So verstanden wird bereits der Prozess der Strategieentwicklung selbst ein Teil seiner Umsetzung.

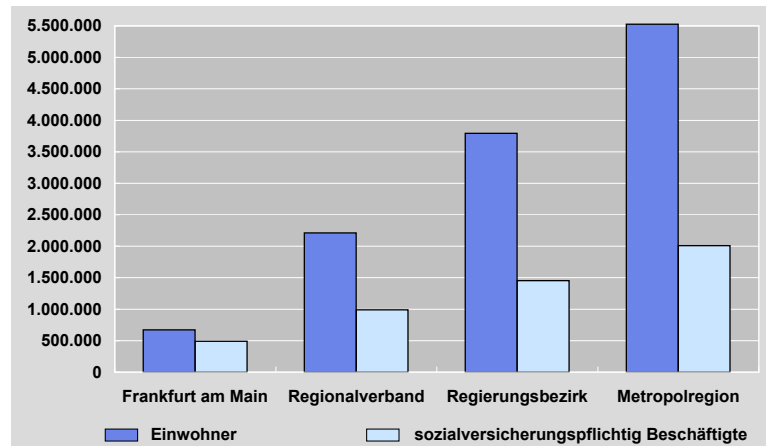
Die kommunalen Instrumente zur Umsetzung der entwickelten Strategien umfassen beispielsweise:

- die Entwicklung städtebaulicher Konzepte und Durchführung von Wettbewerbsverfahren,
- die Beratung von Investoren,
- die verbindliche Bauleitplanung und sonstige städtebauliche Satzungen,
- die Vorbereitung und Vereinbarung städtebaulicher Verträge,
- förmliche Stadterneuerungs- und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen,

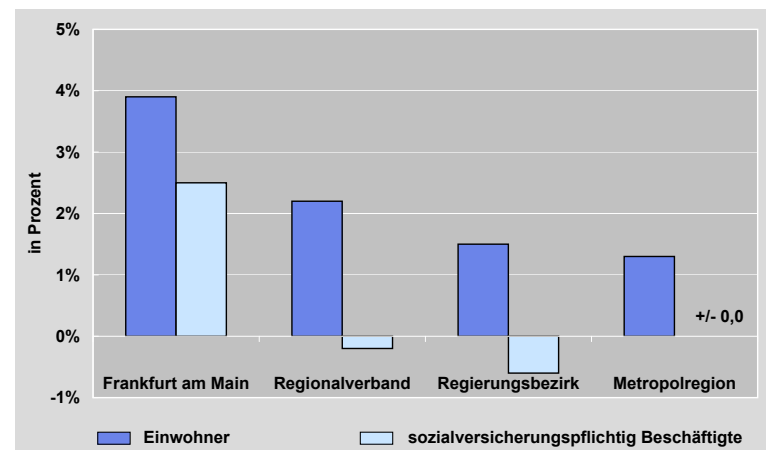
- Modernisierungs- und Wohnungsbauförderung,
- Beiträge und Positionen zur regionalen Flächennutzungsplanung, zu anderen übergeordneten Planungen und zu Projekten der Regionalentwicklung,
- investive Maßnahmen der Stadt in den öffentlichen Raum,
- Standortwahl für kommunale Einrichtungen und Investitionen in eigene Hochbauprojekte,
- Erfahrungsaustausch zur Stadt- und Regionalentwicklung und gemeinsames Lernen in EU-Projekten wie z.B. im Projekt Managing District Centers (MANDIE).

Die Bereitstellung von Planungsgrundlagen und Informationen für die Öffentlichkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen, Dialog und die Mitwirkung in Planungsprozessen.

Das Stadtplanungsamt stellt mit seinem neu gestarteten – und vom Informationskreis für Raumplanung 2009 prämierten – Internetauftritt Informationen zur Stadtplanung aktuell zur Verfügung. Über das internetbasierte Auskunftssystem planAS können sämtliche rechtsverbindlichen Bebauungspläne der Stadt Frankfurt am Main online eingesehen und ausgedruckt werden. Darüber sind Informationen zu allen rechtsverbindlichen Veränderungssperren, Erhaltungssatzungen, Sanierungsmaßnahmen, Entwicklungsmaßnahmen und Gestaltungssatzungen sowie die Verfahrensstände aller in Aufstellung befindlichen städtebaulichen Satzungen einzusehen.



Einwohner- und Beschäftigtenzahlen der verschiedenen Raumeinheiten in der Rhein-Main-Region im Vergleich (Stand: 2009); Quelle: eigene Darstellung nach Regionalverband FrankfurtRhein-Main 2010: Regionales Monitoring



Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung 2000 - 2009 in den verschiedenen Raumeinheiten der Rhein-Main-Region im Vergleich (in %); Quelle: eigene Darstellung nach Regionalverband FrankfurtRhein-Main 2010: Regionales Monitoring

die Stadt Frankfurt am Main als internationales Zentrum der Finanzwirtschaft behauptet. Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank, durch einen wegweisenden Neubau ihren Sitz am Standort Frankfurt am Main auszubauen, unterstreicht diese Funktion. Spiegelbild dieser Tertiärisierung ist ein weiterhin zu beobachtender Rückgang von gewerblichen Arbeitsplätzen, insgesamt bewegt sich dieser aber im Rahmen der übrigen westdeutschen Großstädte.

In Frankfurt am Main leben auf nur 1,7% der Fläche der Metropolregion ca. 12% der Einwohner, bei den Beschäftigten liegt der Anteil sogar bei knapp einem Viertel. Entsprechend sind auch Einwohnerdichte und Beschäftigtenquote in Frankfurt am Main am höchsten und nehmen mit größer werdendem Raumbezug stetig ab. Gleichzeitig ist die Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung der letzten zehn Jahre in Frankfurt am Main am dynamischsten. Bei überwiegend positiven Entwicklungen

Bei einer Veranstaltung im Jahr 2010 stand die Verfasstheit der Region im Mittelpunkt. Dabei wurden Änderungswünsche zum Entwurf des Metropolgesetzes erörtert und zu einem gemeinsamen Positionspapier zusammengeführt und abgestimmt. Erstmals hat das Nachbarschaftsforum damit eine gemeinsame Resolution verfasst, wodurch die Zusammenarbeit in diesem Gremium eine neue Qualität erreicht hat. Die Willensäußerung wurde den Fraktionen im hessischen Innenminister übermittelt und fand Eingang in das Anhörungsverfahren im Hessischen Landtag.

Eine Befragung ergab, dass alle Teilnehmer Interesse an weiteren Einladungen zum Nachbarschaftsforum zeigen. Fast alle Beteiligten möchten auch in Zukunft persönlich an den Veranstaltungen teilnehmen. Durch das ausgeprägte Interesse der Nachbarstädte und -gemeinden, Veranstaltungen auch in eigener Verantwortung durchzuführen, ist die Fortführung dieser Reihe auch in Zukunft gesichert.

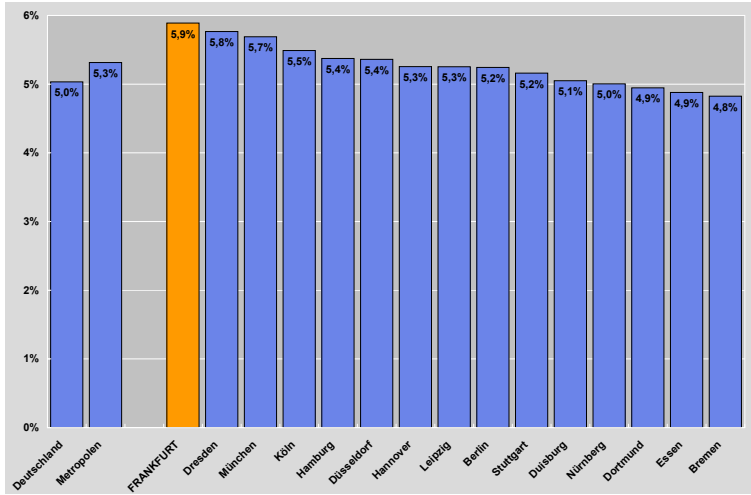
Regionale Agenda 2016

Nach der Entscheidung des Hessischen Landtags 2009, die Beteiligung des Landes an der Ausrichtung einer Internationalen Bauausstellung in der Region Frankfurt Rhein/Main aufzugeben, ist es aus Sicht der Stadt Frankfurt am Main weiterhin zweckmäßig, mit einem breiten Spektrum interdisziplinärer Projekte die regionale Zusammenarbeit weiter auszugestalten (Magistratsbericht B 898 vom 30.10.2009). Die Stadt Frankfurt am Main hat daher den Beschluss des Rates der Region vom Mai 2009 unterstützt, sowohl fachliche Impulse zu der Novellierung des Ballungsraumgesetzes zu formulieren, als auch - über die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden hinaus - eine regionale „Agenda 2016“ mit gemeinsamen Zielen, Strategien, Handlungsfeldern und Projekten verbindlich mit den Mitgliedern des Rates der Region zu vereinbaren.

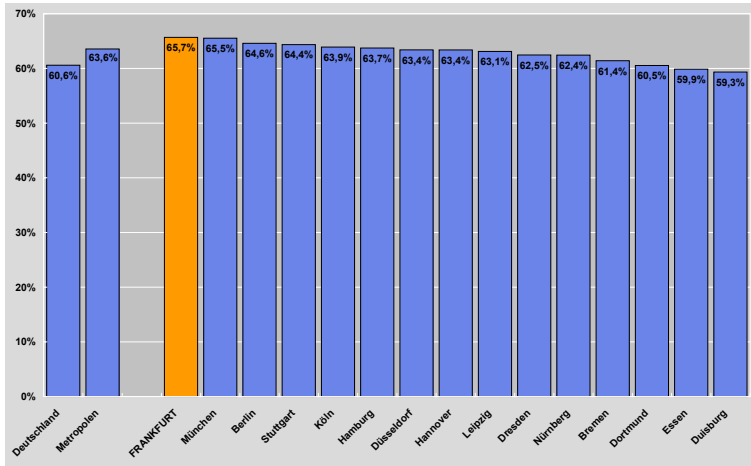
Mit der „Agenda 2016“ wird eine Stärkung des Rates der Region und des Regionalverbandes mit zusätzlichen Kompetenzen, Aufgaben und einer besseren finanziellen Ausstattung befürwortet, um dessen Rolle zur Festlegung regionaler Ziele und Strategien zu festigen und seine Steuerungsfunktion zu erhöhen. Zur inhaltlichen Ausgestaltung einer „Agenda 2016“ ist eine Vielzahl bedeutsamer Vorhaben denkbar. Das Spektrum der Projekte reicht im Sinne eines integrierten Ansatzes zum Teil auch über die bauleitplanerischen Kernaufgaben und -themen hinaus. Beispiele hierfür sind gemeinsame Kommunikationsplattformen („Haus der Region“), Zusammenwirken in der Schul-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik, Kooperation bei der Finanzierung (Kulturfonds) und beim Betrieb von kultureller Infrastruktur und die weitere Vernetzung des ÖP-

NV. Weiterhin könnte die Vereinbarung regionaler Klimaschutzziele unter dem Titel „Green Region“ das Potential der Rhein/Main-Region als europäische Leitregion für Klimaschutz und für eine moderne Energiepolitik zeigen. Schon heute ist Frankfurt am Main Hauptstadt des Passivhaus-Baus. Hierauf kann die Region aufbauen und zusätzlich auch Vorbild für die Nutzung etwa von Erdwärme und Solartechnologie sein. Schließlich sind Projekte und Vorhaben aus einer „Agenda 2016“ auch die gemeinsame Basis zur Verständigung zu einem regionalen Finanzausgleich, der, eingebettet in eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs, genauso auch zusätzliche Mittelflüsse von Frankfurt am Main in die Region erzeug

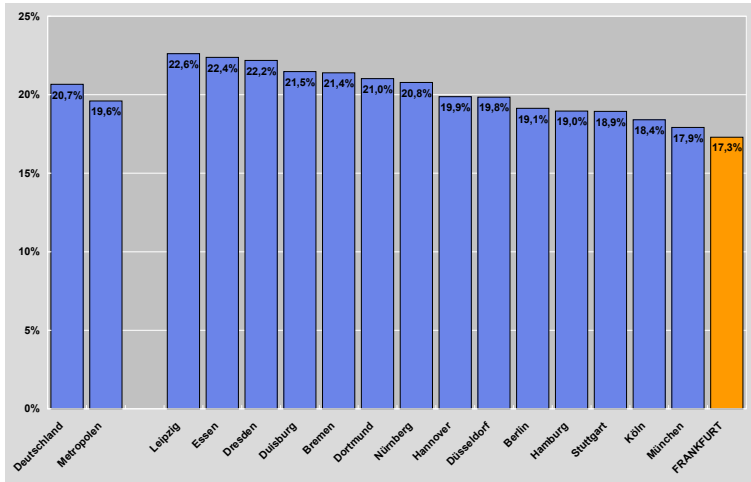
<

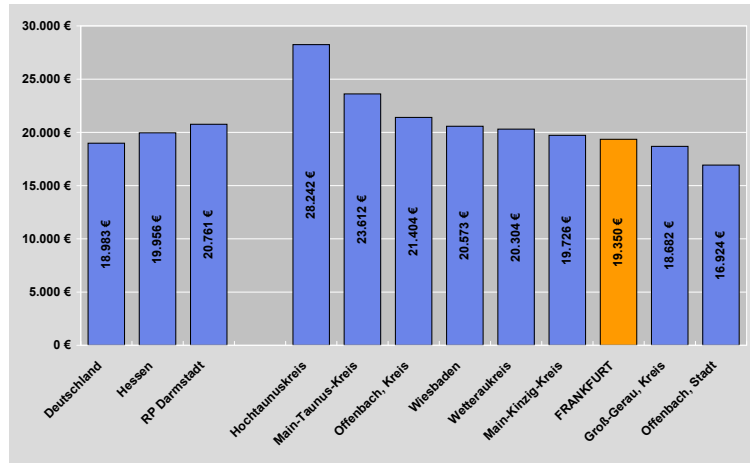


Anteil der Bevölkerung im Alter unter 6 Jahren in den deutschen Metropolen 2009



Anteil der Bevölkerung im Alter 20 - 64 Jahre in den deutschen Metropolen 2009





<

Sozialräumliche Entwicklung in Frankfurt am Main

Die soziale Stabilität von Wohnquartieren ist ein wichtiges Ziel der Wohnungspolitik. Sie beruht auf dem Zusammenwirken vieler Faktoren, die sich wechselseitig beeinflussen. Zu diesen Faktoren gehört neben der Qualität des Wohnungsbestandes, des Wohnumfeldes und der Infrastruktur auch die soziale und ethnische Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung. Zwar ist eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur keine notwendige Voraussetzung für die soziale Stabilität eines Quartiers – eine zu starke räumliche Konzentration von gesellschaftlich ausgegrenzten, auf staatliche Unterstützung angewiesenen Haushalten kann jedoch die Stabilität von Wohngebieten gefährden. Sozial instabile Wohnviertel sind meist hochsegregierte Quartiere. Zwischen sozialräumlicher Segregation und sozialer Stabilität von Wohnquartieren besteht deshalb ein enger Zusammenhang.

Einen ersten Eindruck innerstädtischer Veränderungen der Sozialstruktur liefert eine Analyse der Verteilung bestimmter Gruppen im Stadtgebiet anhand eines Segregationsindex. (Verwendet wird der Segregationsindex IS von DUNCAN und DUNCAN. Er misst das Ausmaß, zu dem eine Gruppe im Vergleich zur restlichen Bevölkerung über die Teilgebiete der Stadt verteilt ist. Der Wert reicht von 0 (keine Segregation) bis 100 (vollständige Segregation).

Die ethnische Segregation wird hier anhand der Verteilung der nichtdeutschen Bevölkerung im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ermittelt. Als Indi-

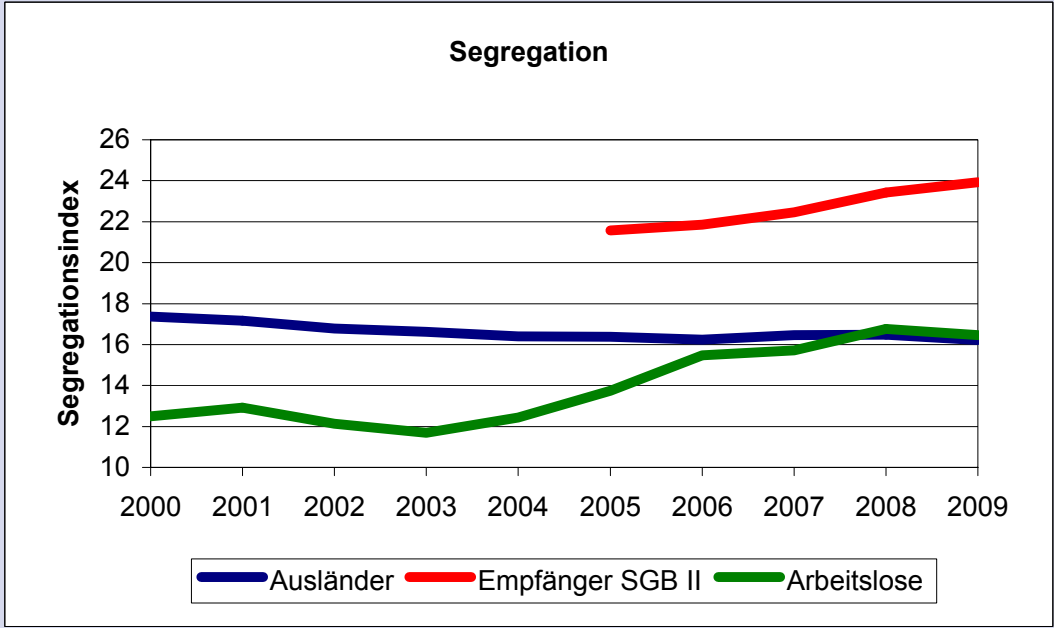
katoren für die soziale Segregation wurden die Beziehung von SGB II sowie die Arbeitslosen gewählt. Das Ergebnis der Analyse für die Jahre 2000 bis 2009 ist in der folgenden Grafik dargestellt.

Die ethnische Segregation hat sich im Zeitablauf nur minimal verändert und ist leicht rückläufig. Im Vergleich mit anderen deutschen Städten weist sie einen relativ niedrigen Wert auf. Negativ verändert hat sich dagegen die soziale Segregation. Die Verteilung beider Gruppen im Stadtgebiet ist ungleichmäßiger geworden. Während sich jedoch die Verteilung der Arbeitslosen im Jahr 2009 etwas verbessert hat, ist die der Empfänger von SGB II Leistungen kontinuierlich schlechter geworden.

Die Untersuchung der sozialen Segregation in Teilräumen – hier Gebiete mit einer unterschiedlichen Höhe des Sozialwohnungsanteils – ergibt weitgehend ein zu erwartendes Bild: SGB II Empfänger sind in Gebieten mit einem geringen Sozialwohnungsanteil deutlich unterrepräsentiert, sie konzentrieren sich in den Teilräumen mit den höchsten Sozialwohnungsanteilen.

Eine gesamtstädtische oder auch teilräumliche Betrachtung erlaubt noch keinen Blick auf Fehlentwicklungen in einzelnen Stadtbezirken oder Wohnquartieren. In der Karte sind die Stadtbezirke mit einer hohen Konzentration sozialer Gruppen dargestellt.

Amt für Wohnungswesen



<

